

Als Nachfolger für unseren verstorbenen Herrn Abg. Prof. Dr. Zeigner ist von der SED-Fraktion Herr Alfred Nothnagel vorgeschlagen worden.

Dann bitte ich, von folgenden Änderungen in den Ausschüssen Kenntnis zu nehmen: In den Ausschuß für Volksbildung tritt an Stelle des Herrn Abg. Lohagen Herr Abg. Nothnagel; im Ständigen Ausschuß an Stelle des Herrn Abg. Wilhelm Koenen der Herr Abg. Ernst Lohagen; im Gemeinde-Ausschuß an Stelle des verstorbenen Herrn Abg. Prof. Dr. Zeigner der Herr Abg. Kurt Prenzel; im Rechtsausschuß an Stelle des Herrn Abg. Prof. Dr. Zeigner der Herr Abg. Felix Kaden.

Dann ist mir soeben noch folgendes zugestellt worden: Zu Punkt 8 der Tagesordnung bittet die Regierung, diesen Antrag bis zur nächsten Plenarsitzung zurückzustellen, da auf Anordnung der DWK noch eine weitere Änderung vorgenommen werden muß.

Hat von den Damen und Herren jemand gegen die verlesenen Änderungen und gegen die Tagesordnung selbst etwas einzuwenden? Es ist nicht der Fall, dann ist die Tagesordnung bestätigt.

Ich bitte die beiden Herren, an unseren Sitzungen teilzunehmen.

Wir kommen zu der EntschlieÙung, welche die Parteien, die Fraktionen dieses Hauses vorgeschlagen haben. Ich bringe sie zur Kenntnis:

„EntschlieÙungsantrag der Blockparteien im Sächsischen Landtag zu den Wahlen des Deutschen Volksrates am 15. und 16. Mai 1949.

Männer, Frauen, Jugendliche unseres Landes!

Nach der Veröffentlichung des Besatzungsstatutes für die Westzonen hat der Deutsche Volksrat in seiner Sitzung am 18. März 1949 in der Stunde höchster Gefahr den nationalen Notstand ausgerufen und damit der Welt zu erkennen gegeben, daß das deutsche Volk nicht auf das ihm nach dem Völkerrecht und den Potsdamer Beschlüssen zustehende Recht auf eine politische und wirtschaftliche Einheit seines nationalen Lebens verzichten will und wird.

Nach der Unterzeichnung des Atlantik-Paktes am 4. April 1949 in Washington hat nunmehr der Weltfriedenskongreß in Paris getagt, auf dem die Vertreter aus 72 Staaten für 600 Millionen friedliebender Menschen ein überwältigendes Bekenntnis zum Kampf für die Erhaltung des Friedens ablegten. Die von dem Weltfriedenskongreß beschlossene Bildung eines „Internationalen Völkerrates zur Verteidigung des Friedens“ wird dazu beitragen, die Kräfte des Friedens in der Welt zu sammeln und zu vereinen in einem großen starken Block gegen den Krieg und die Versklavung der Völker.

Das von den alliierten Westmächten beschlossene Besatzungsstatut läßt auch die Atlantikcharta außer acht, in der jedem Volk der Erde die freie Selbstbestimmung für seine nationale Freiheit zugesprochen ist. Dieses Besatzungsstatut, das als ein Diktat hingenommen werden muß, bedeutet auf eine nicht abzusehende Zeit die völlige Rechtlosigkeit und koloniale Abhängigkeit Deutschlands von den Westmächten. Der Parlamentarische Rat in Bonn und der Wirtschaftsrat in Frankfurt a. M. haben die dargebotene Hand des Deutschen Volksrates für gemeinsame Besprechungen in Braunschweig abgelehnt, wobei sich beide in Widerspruch mit der Auffassung der breiten Volksmassen in Westdeutschland befinden. Deshalb kann der Deutsche Volksrat für sich das demokratische Recht in Anspruch nehmen, als Sprecher des gesamten deutschen Volkes aufzutreten. Im deutschen Gesamtinteresse hat der Deutsche Volksrat einstimmig beschlossen, den dritten Deutschen Volkskongreß einzuberufen, um in dieser

geschichtlichen Stunde nochmals ein nachhaltiges Veto gegen die Spaltung Deutschlands einzulegen. Dieser kommende deutsche dritte Volkskongreß soll unsere Forderung vertreten für die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung mit anschließender Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, für den baldigen Abschluß eines gerechten Friedens, für Abzug aller Besatzungstruppen nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Der Sächsische Landtag ruft deshalb die Bevölkerung unseres Landes auf, am 15. und 16. Mai 1949 ihre Stimme für die Delegierten zum dritten Deutschen Volkskongreß abzugeben und damit ein machtvolles Bekenntnis abzulegen für ein einheitliches demokratisches Deutschland, für die Völkerverständigung und für einen dauerhaften Frieden.“

Meine Damen und Herren! Wir haben gestern das Glück gehabt, die deutschen Delegierten, die aus Paris von jenem Weltfriedenskongreß zurückkehrten, hier bei uns zu hören. Sie richteten einige ermutigende Worte an uns. Ich glaube, es ist die Pflicht der Parlamente in unserer Zone, in dieser geschichtlichen Stunde zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Es war immer so in der Geschichte der Völker, wenn ein Volk der Welt und dem eigenen Volke etwas zu sagen hatte, benutzte es die Tribüne seiner Parlamente, um zu den Menschen zu sprechen. So soll dies auch durch diese EntschlieÙung sein. Besprochen soll diese EntschlieÙung nicht werden, da sie gemeinsam aufgesetzt wurde.

Ich frage nunmehr: wer dieser EntschlieÙung seine Zustimmung gibt, den ersuche ich, sich vom Platze zu erheben. Ich danke Ihnen. Ich frage, will jemand dagegen stimmen? Sind Stimmenthaltungen, so bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich stelle die einstimmige Annahme dieser EntschlieÙung fest (Bravo!).

Nun zur Erledigung der Tagesordnung, wie sie Ihnen zugegangen ist.

Zu Punkt 1, Anzeigen der Arbeitsausschüsse über die Erledigung von Eingaben, sind Ihnen die Drucksachen Nr. 1031, 1035, 1048 bis 1056 und 1058 zugegangen. Es sind Einwendungen dagegen nicht erhoben worden und werden wohl jetzt auch nicht erhoben. Ich stelle das und damit auch die einstimmige Verabschiedung dieses Punktes fest.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung. Es handelt sich um die Anfrage des Herrn Abg. Prof. D. Hickmann und seiner Fraktion. Sie liegt Ihnen vor. Hier ist von der Regierung an mich eine schriftliche Antwort zugeleitet worden; ich gebe sie Ihnen zur Kenntnis:

„Betrifft Anfrage der CDU, Herrn Prof. D. Hickmann, Auflösung der landwirtschaftlichen Institute an der Universität Leipzig, Drucksache Nr. 1019. Es ist nicht beabsichtigt, die an der Universität Leipzig bestehenden landwirtschaftlichen Institute aufzulösen, wie bei einer Besprechung mit Herrn Präsident Wandel am 26. März 1949 festgestellt wurde. Diese Erklärung ist allen Vertretern der landwirtschaftlichen Institute in einer Sitzung am 28. März 1949 in Leipzig, an der Vertreter des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft teilnahmen, mitgeteilt worden.“

Das Schreiben ist unterzeichnet von Herrn Minister Holtzhauer. Ich frage hiermit, ob diese Anfrage als erledigt anzusehen ist. (Prof. D. Hickmann bejaht.) Damit hat auch dieser Punkt der Tagesordnung seine Erledigung gefunden.